

# Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

## Amts-Blatt



für die Amtshauptmannschaft Weissen, für das Amtsgeschäft und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Forstrentamt zu Tharandt.

Nr. 174

Donnerstag den 31. Juli 1919

78. Jahrg.

### Amtlicher Teil.

#### Bekanntmachung

über die Erhöhung der Staatsgrundsteuer für den zweiten Termin 1919; vom 25. Juli 1919 — Nr. 1598 Steuerweg. A.

Grundstückbesitzer werden darauf hingewiesen, daß nach § 6 des Gesetzes über einen Nachtrag zu dem Finanzgesetz auf die Jahre 1918 und 1919 vom 19. Juli 1919 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 158) die am 1. August 1919 fällige Staatsgrundsteuer für den 2. Termin 1919 mit 6 Pfennigen (anstatt mit 4 Pfennigen) von jeder Steuerzelle zu entrichten ist.

Finanzministerium, IV. Abteilung.

#### Milch- und Butterablieferung. Milchnachweisungen.

Die Ablieferungen von Milch, Butter und Quark haben sich in der letzten Woche vermindert, daß die Versorgung des Kommunalverbandes Weissen Stadt und Land mit Milch und Butter ernstlich gefährdet wird. Auch die halbmonatlichen Milchnachweisungen sind teilweise ungenügend oder unvollständig eingereicht worden. Angelegentlich wird diese Säumnis der Kuhhalter durch die falsche Annahme hervorgerufen, daß die Milchbewirtschaftung in Kürze aufgehoben werde.

Die Amtshauptmannschaft fordert daher alle Kuhhalter nochmals nachdrücklich auf, ihre Ablieferungsleistungen an Milch, Butter und Quark genau zu erfüllen und die Milchnachweisungen rechtzeitig und ordnungsgemäß einzureichen. Weder eine Aufhebung noch eine Milderung der Milchbewirtschaftung steht jetzt zu erwarten. Bei der gespannten Lage der Milch- und Butterversorgung ist die restliche Erfassung der Milch und Butter noch unbedingt erforderlich.

Durch Stallkontrollen und Probemelkungen wird die Amtshauptmannschaft die tägl. Kuhhalter feststellen lassen. Diese haben außer einer Verurteilung auch noch den zwangsweisen Molkerelianschluß und eine verschärfte Heranziehung zur Viehabgabe zu gewärtigen.

Weissen, am 29. Juli 1919.

Nr. 129a II O.

Die Amtshauptmannschaft.

#### Fleischversorgung.

Den Schlachtkühen des Kommunalverbandes Weissen Land ist für die Woche vom 28. Juli bis 3. August d. J. anderweitig amerik. Schweinefleisch zur Verteilung an die Fleischverorgungsberechtigten überwiesen worden.

Erwachsene erhalten ca. 125 g, Kinder die Hälfte. Selbstversorger sind vom Bezuge ausgeschlossen.

Die Abgabe erfolgt neben der sichergestellten Fleischwocentopfmenge auf Abschnitt II der roten Einfuhrzulasskarte für Auslandsfleisch an die Personen, die den Anmeldebchein der Einfuhrzulasskarte beim Hauptfleischhändler abgegeben haben.

Der Kleinhandelspreis für 1 Pfund amerik. Schweinefleisch beträgt 4,06 Mark. Die neben dem amerik. Schweinefleisch gegen Abgabe der jeweilig geltenden Reichsfleischmarken vom Fleischer auf Bezugschein zu verabschließende Fleischmenge wird für die Woche vom 28. Juli bis 3. August für Erwachsene auf 125 g und für Kinder bis zu 6 Jahren auf 62 g festgesetzt.

Die für das amerik. Schweinefleisch vereinnahmten Abschnitte II der Einfuhrzulasskarte sind von den Fleischern zu 100 Stück abgejährt und gebündelt umgehend an den Hauptfleischhändler einzusenden.

Der Hauptfleischhändler zählt die Abschnitte nach und übersendet sie alsdann umgehend der Amtshauptmannschaft mittels eines Begleitscheines, auf dem er den Namen jedes Fleischers und die Zahl der von diesem eingelieferten Abschnitte angibt.

Weissen, am 28. Juli 1919.

Nr. 505 II L.

Kommunalverband Weissen Land.

Abgabe der angemeldeten Marmelade vom 31. Juli bis mit 2. August roter Warenbezugschein 1/2 Pfd., gelber Warenbezugschein 1/2 Pfd., Preis das Pfd. 1,30 Mt. Wilsdruff, am 29. Juli 1919. Der Stadtrat — Kriegswirtschaftsabt.

Es wird höflichst gebeten, alle Inserate möglichst frühzeitig, spätestens aber bis 11 Uhr vorm. aufzugeben.

## Ein Vertrauensvotum für die Regierung.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

• Eine amerikanische Schiffsfahrtslinie hat den Verkehr mit Hamburg eröffnet.

• Eine deutsche Kommission von Arbeitgebern und Arbeitern ist nach Versailles zu Verhandlungen mit Frankreich über den Wiederaufbau.

• Die Entente hat nunmehr beschlossen, zur Durchführung der Volksabstimmung in Oberschlesien amerikanische Truppen vorzuziehen zu lassen.

• Die ungarische Note Krone hat am Theis gegen die Rumänen eine vernichtende Niederlage erlitten.

• Staatssekretär a. D. Helfferich beantragt in seiner Amtsanweisung mit Eraberger ein Verfahren gegen sich selbst vor dem Staatsgerichtshof.

### Der Enthüllungen zweiter Teil.

Eraberger Vorbereden haben den Ministerpräsidenten nicht schlafen lassen. Auch Herr Bauer ist unter die Enthüllungen gegangen. Diesmal galt's einen Schlag gegen Hindenburg und Ludendorff — man sieht: niemand wird mehr verschont im neuen Deutschland. Und das wäre gut so, wenn nur immer und überall mit dem Willen zur Wahrheit sich das nötige Quantum Vorurteillosigkeit und Gerechtigkeitsliebe verbände, das wir brauchen, wenn nicht blinde Parteilichkeit, gehässige Neidhabelei um jeden Preis die Oberhand gewinnen soll. Kommt es erst soweit mit uns, dann können wir jede Öffnung auf bessere Zustände für immer fahnen lassen.

Was ist nun durch den Briefwechsel Michaelis-Hindenburg, den der Ministerpräsident in der Montagssitzung der Nationalversammlung zur Verlesung brachte, erwieben worden? Nicht mehr und nicht weniger, als daß die Oberste Seeresleitung auch nach dem Kronrat vom 11. September gewisse Sicherheiten militärischer Natur gegenüber Belgien für erforderlich hielt, um dessen von der Reichsleitung gewünschten wirtschaftlichen Anschluß an Deutschland wirklich zu gewährleisten. Wir brauchen jetzt nur nach dem Rhein hinüberzusehen, um zu erkennen, mit welchen der Zeit und dem Raume nach ungeheuer weit angelegten Garantien Frankreich sich umgibt, nachdem es ihn gelassen ist, uns aus dem Sattel zu heben. Im Sommer 1917 aber waren wir die Überlegenen, und wenn wir auch Grund hatten, den Frieden zu suchen, so war doch damals der ganze Reichstag sich einzig in der Anschauung, daß wir uns auf ihn auch im schlimmsten Falle nur einlassen könnten, wenn unsere Grenzen unverfehrt, unser Nationalwohl unangefastet blieben und wenn allerorts von Kontributionen Abstand genommen würde. Daß der Staatspräsident Hindenburg und Ludendorff gegen die

deutschen Grundforderungen versiebt, soll erst noch bewiesen werden; und selbst soweit das etwa der Fall gewesen ist, handelte es sich bei ihren Äußerungen nur um ein militärisches Gutachten, nicht um eine politische Willensäußerung, um eine pflichtgemäße Wahrnehmung der ihnen anvertrauten militärischen Interessen des Vaterlandes, während es der allein verantwortlichen politischen Reichsleitung unbenommen, blieb, mit diesem Gutachten so zu verfahren, wie es Pflicht und Gewissen ihr mit Rücksicht auf die Gesamtlage des Reiches vorschrieben. Bismarck hat sich oft genug mit siegreichen Generalen in grimmige Kämpfe verwickelt, weil er nicht immer so wollte, wie sie es sich in den Kopf gesetzt hatten. Hindenburg und Ludendorff haben niemals den Anspruch erhoben, daß ihr Wille das oberste Gesetz sein müßte; aber wenn sie um ihre Meinung gekämpft wurden, waren sie natürlich gezwungen, überzeugungsgemäß zu antworten, und der Reichskanzler war es, der dann die verantwortliche Entscheidung zu treffen hatte. Diesen Sachverhalt sollte niemand verdunkeln, dem es ernstlich um die Ermittlung der Wahrheit zu tun ist; auch nicht, wenn er dafür auf wohlfeile Angriffe auf innerpolitische Gegner verzichtet.

Der Punkt aber, auf den es bei diesen Enthüllungen ausschließlich ankommt, ist die Frage, ob wir, wenn die damalige Reichsleitung eine vorbehaltlose Erklärung über Belgien abgegeben hätte, damit wirklich der Beendigung des Krieges näher gekommen wären. Die heutigen Regierungsparteien stellen sich so, als bestände daran nicht der geringste Zweifel. In Wahrheit hat die Entente niemals daran gedacht, uns so billigen Kaufes davonkommen zu lassen. Ihre Kriegsziele hatte sie schon im Januar 1917 gegenüber dem Präsidenten Wilson ganz unambiguos enthüllt, und der Friedensvertrag von Versailles, den sie trotz der 14 Punkte ihres amerikanischen Bundesgenossen durchzusetzen verstand, sollte selbst den gutgläubigsten Nachbeter ihrer Versöhnungslügen ein für allemal darüber belehren, auf was sie es mit uns in Wirklichkeit abgesehen hatte, von vornherein abgesehen hatte. Zum Überflus hat jetzt auch Herr Ribot, der französische Außenminister vom Sommer 1917, ausdrücklich zugegeben, daß damals von Frieden keine Rede sein konnte, weil Deutschland nicht bereit war, auf Elsass-Lothringen zu verzichten. Gehörten zu diesem Deutschland nicht auch die Regierungsparteien von damals und von heute? Und warum also diese furchtbare Ausbeute immer neuen Dasses, immer neuer Selbstverleumdung, wenn sie doch zugeben müssen, in diesem durchaus entscheidenden Punkte mit bestemmten Wollta eines Sinnes gewesen zu sein. Die sie

heute durchaus auf die Armenhunderband des Staatsgerichtshofes bringen möchten?

Diese Enthüllungen bringen uns nicht weiter, sofern es uns wirklich um Klarheit und Wahrheit zu tun ist. Nur wenn die Parteilichkeit über alles geht, kann sich mit diesen Kampfmethoden einverstanden erklären.

Dr. Sy.

### Der Ruf nach dem Staatsgerichtshof!

Helfferich beantragt ein Verfahren gegen sich selbst.

Der ehemalige Staatssekretär Dr. Helfferich führt in seiner Auseinandersetzung mit dem Reichsfinanzminister Eraberger fort und macht ihm den Vorwurf, im Verein mit dem hochverräterischen Kaiser Karl habsburgische Politik betrieben zu haben. Die Folge davon sei — nach Helfferich — gewesen: die Verstärkung der wohl einseitigen und jedenfalls letzten ernsthaften Friedensmöglichkeit, der unglückliche Ausgang des Krieges, der Erabergerfriede. Wirklich lost Helfferich dann:

„Um die Wahrheit ans Licht zu bringen, habe ich meinen Kampf gegen den Reichsminister Eraberger mit einer Schärfe geführt, die mir sonst widerstrebt, lediglich zu dem Zweck, ein gerichtliches Verfahren gegen mich zu erzwingen und in diesem Verfahren durch eifrige Befundung den Tatbestand in unantastbarer Weise festzustellen. Herr Eraberger ist dem gerichtlichen Verfahren ausgewichen. Er verzieht es, zu leiden, ohne zu flagen! Jetzt ist die Sache weiter gediehen. Die Auslagen des Grafen Caernin und des Grafen Wedel ergeben den Tatbestand des Landesverrats. Oberreichsanwalt und Reichsgericht haben Anlaß, sich ernstlich mit dem Fall Eraberger zu befassen. Jedenfalls aber muß der Staatsgerichtshof, dessen Errichtung die schwarz-rote Wehrdelt mit so viel Eifer betreibt, sich alsbald mit diesem Fall beschäftigen. Ich werde das Meinige tun, um dies zu erzwingen, indem ich wegen der in der Öffentlichkeit gegen mich erhobenen Anschuldigungen ein Verfahren beantrage.“

Zum Schluß seines Artikels nennt Helfferich seinen Gegner den „Mann mit der ehernen Stirn“ und fragt, wie lange sein Wirken noch geduldet werde.

### Vertrauensvotum für die Regierung.

Mit großer Mehrheit angenommen.

(62. Sitzung.)

OB. Weimar, 29. Juli.

Es war bei Beginn der Sitzung schon als sicher anzunehmen, daß die Mehrheit sich hinter die Regierung stellen werde. Zu Anfang der heutigen Verhandlungen steht eine Reihe kleiner Anfragen auf der Tagesordnung. Es handelt sich dabei um Maßnahmen im belebten Gebiet, über die Vorfälle für die ausgewiesenen Elsass-Lothringer, über die Vorfälle mit französischen Soldaten in Berlin. Die Regierung hält